

Öffentliche Sitzung
des Gemeinderats
am Mittwoch, den 26.10.2022
im Peter-Parler-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:17 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

CDU

Herr Stadtrat Johannes Barth

Frau Stadträtin Marianne Barthle

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Natalie-Ulrika Biechele

Herr Stadtrat Martin Bläse

Frau Stadträtin Daniela Dinser

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Helmut Geiger

Herr Stadtrat Simon Ihlenfeldt

Herr Stadtrat Thomas Kaiser

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Christof Preiß

Frau Stadträtin Elena Risel

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Georg Zimmermann

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Barbara Bijok

Frau Stadträtin Sabine Braun

Herr Stadtrat Markus Hirsch

Herr Stadtrat Thomas Krieg

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

SPD

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Gerhard Bucher

Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Frau Stadträtin Britta Wertner-Penteker

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Die Linke

Herr Stadtrat Dr. Andreas Benk

Herr Stadtrat Andreas Dionyssiotis

Herr Stadtrat Sebastian Fritz
Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder
Frau Stadträtin Cynthia Schneider
Freie Wähler Frauen Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Dr. Dorothea Kosin
Frau Stadträtin Nadine Molinari
Frau Stadträtin Karin Rauscher
Frau Stadträtin Dr. Constance Schwarzkopf-
Streit

Die Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
Frau Stadträtin Brigitte Abele
Herr Stadtrat Benedikt Disam
Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski
Herr Stadtrat Alexander Hamler

FDP/FW

Herr Stadtrat Ludwig Majohr
Herr Stadtrat Dr. Peter Vatheuer

Schriftführerin

Frau Melanie Bihlmaier

Verwaltung

Herr René Bantel
Herr Geschäftsführer Peter Ernst
Herr Jonas Grill
Herr Gerhard Hackner
Herr Gerd Hägele
Herr Markus Herrmann
Frau Claudia Kohler
Herr Helmut Ott
Herr Matthias Pflüger
Herr Integrationsrat Celestino Piazza
Frau Franka Zaneck

Abwesend:

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Stadträtin Christa Kircher-Beißwenger
Herr Stadtrat Dr. Gerhard Medinger
Herr Stadtrat Karl Miller
Frau Stadträtin Dr. Ina Neufeld
Herr Stadtrat Karl-Andreas Tickert

Tagesordnung

=====

- 1** Aktuelle Entwicklungen am Energiemarkt
- 2** Änderung der Hauptsatzung
hier: Klima-, Energie- und Bauausschuss
- 3** Jahresabschluss 2021 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft mbH (VGW mbH)
- 4** Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
- 5** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
- 5.1** Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
- 6** Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadtquartiere"
hier: Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets
- 7** Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
- 8** Bekanntgaben
- 8.1** Lindenturm
- 8.2** Zukunft der Kliniken Ostalb
- 9** Anfragen
- 9.1** Beratung Denkmalschutz
- 9.2** Grüner Pfeil
- 9.3** Notfallplan

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung.

Er setzt Tagesordnungspunkt 2 und 4 ab.

Er stellt die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest.

Es liegen keine Anmerkungen zur Tagesordnung vor.

zu 1 Aktuelle Entwicklungen am Energiemarkt

Protokoll:

Herr Ernst präsentiert den Sachverhalt.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für den Vortrag. Ein normaler Mensch könne es nicht nachvollziehen. Die Stadtwerke sollten die Bürger auf einfache Art informieren und so agieren, dass die Stadtwerke nicht in Schwierigkeit kommen.

Herr Ernst bedankt sich für die Anregungen. Ein Liquiditätsengpass entstehe erstmal nicht, weil man mit der Stadt gekoppelt sei. Man benötige Kapital, da man doppelt so hohe Beschaffungskosten im Jahr 2023 habe. Auch Insolvenzbetriebe müsse man mitberücksichtigen.

Stadtrat Paul Schneider/CDU äußert, dass die Gasspeicher voll seien und diesen Winter niemand frieren müsse, so nehme er es an. Dennoch würden die Preise steigen. Seien die Zahlen daher noch aktuell?

Herr Ernst antwortet, dass man ein Infoschreiben versendet habe, die Preise seien so hoch. Die Speicher seien mit den teuersten Preisen gefüllt, daher werde dies auch an die Kunden weitergegeben. Die Absenkung könne erst weitergegeben werden, wenn die Beschaffung wieder günstiger werde.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass die Stadtwerke Lauffenburg zum 31.12.2022 den Betrieb einstellen würden. Wenn diese ihren Betrieb einstellen, wie werde dies dann aufgefangen?

Herr Ernst antwortet, dass dann andere Versorger einsteigen würden und die Grundversorgung übernehmen würden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass die staatl. Unterstützung für uniper noch nicht beschlossen sei, er erkundigt sich, welche Auswirkungen dies habe. Außerdem erkundigt er sich nach dem Stand der Aufträge für erneuerbare Energien.

Herr Ernst antwortet, dass er davon ausgehe, dass der Staat die restliche Summe nachschieße. Ansonsten werde man wieder in eine unangenehme Situation kommen. Bei den Photovoltaikanlagen sei nach wie vor ein sehr großer Engpass vorhanden, man komme mit dem Bau und dem Material nicht hinterher. Allein aus personeller Sicht sei es nicht möglich.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Vortrag. Er bedankt sich, dass die Stadtwerke bisher besonnen reagiert hätten. Es seien 15 Prozent zahlungsunfähige Kunden. Wie viele Kunden könnten den Stadtwerken noch zuwachsen, gebe es hier auch ein Szenario, wenn die Grundversorgung eintrete, weil andere den Betrieb einstellen würden?

Herr Ernst antwortet, dass es nur noch wenige Versorger am Markt gebe. Es sei mit nicht mehr vielen Neukunden zu rechnen. Man habe den Ersatzversorgungstarif angepasst.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob es überhaupt einen Engpass gebe, wenn die Speicher voll seien.

Herr Ernst antwortet, dass der Gasspeicher nur einen Teil abfange. Um komplett durch den Winter zu kommen, müsse man auch die Speicher bedienen.

Stadtrat Preiß/CDU erkundigt sich, ob es beim Strom auch Defizite gebe.

Herr Ernst äußert, dass man keine Strommangellage habe, man habe höchstens einen Mangel bei den Gaskraftwerken, um die Schwankungen der erneuerbaren Energien auszugleichen. Diese breche dann weg. Daher habe man die Kohlekraftwerke und die Atomkraftwerke verlängert. In eine Strommangellage rutsche man daher nicht.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW erkundigt sich, ob Herr Ernst in dem Abfallen der Gaspreise einen Trend erkennen könne.

Herr Ernst antwortet, dass die Preise weiterhin auf einem hohen Niveau liegen würden.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass sie bei der Bereitstellung von Energie hoffe, dass auf aller Ebene alles dafür getan werde, dass die Mangelsituation nicht eintrete. Die andere Seite sei aber die Kostensituation. Für viele Familien würde dies ein großes Problem werden. Wie gehe man damit um, falls man abstellen müsse? Wie sehe dies in Schwäbisch Gmünd aus?

Herr Ernst antwortet, dass es auch jetzt schon dazu komme und man mit Amt 50 dran sei. Man habe bisher keine konkrete Lösung, man rechne mit rund 5 Mio. Euro Zahlungsausfall, dies wirke sich negativ auf das Ergebnis aus. In Schwäbisch Gmünd seien es 92 Betriebe, die vom Abschalten betroffen wären. Man wisse nicht wie lange der Druckabfall dauere, diesen müsse man verhindern. Es gebe verschiedene Übungen hierzu. Es könne aber trotzdem passieren. Man müsse auch damit rechnen, dass Haushaltskunden rausfallen würden. Das Krankenhaus Mutlangen würde als Letztes ausfallen, man wisse jedoch nicht, von welchem Zeitfenster man hier spreche.

Stadtrat Kaiser/CDU führt aus, dass Biogasanlagen die Produktion um 20 bis 30 Prozent erhöhen könnten, es gebe jedoch gesetzliche Regelungen. Er erkundigt sich wie weit die Gesetzesänderung fortgeschritten sei. Außerdem erkundigt er sich, ob das Gas in den deutschen Speichern auch für Deutschland verfügbar sei.

Herr Ernst antwortet, dass Buch schon heute verstromt. Es würde sich noch hinziehen mit der Gesetzesänderung. Die Speicher würden den deutschen Markt absichern.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man auch in Zukunft informieren werde. Man hoffe auf bessere Zeiten.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: Stadtwerke
nachrichtlich an Amt: 11

zu 2 **Änderung der Hauptsatzung
hier: Klima-, Energie- und Bauausschuss
Vorlage: 190/2022**

Protokoll:

Abgesetzt.

zu 3 **Jahresabschluss 2021 der Vereinigten Gmünder Wohnungsbaugesellschaft
mbH (VGW mbH)
Vorlage: 162/2022**

Protokoll:

Herr Piazza erläutert den Sachverhalt (siehe Anlage).

Stadträtin Braun/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass sich der Jugendtreff Hardt mehr Informationen und eine bessere Einbindung wünsche.

Herr Piazza antwortet, dass der Standort nun feststehe, die Baugenehmigung werde beantragt.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es zwei Probleme gegeben habe. Der erste Standort hätte nicht bebaut werden können. Außerdem sei die Kaltluft problematisch gewesen. Wenn der Bauantrag vorliege, könne man im Dezember die Baugenehmigung erteilen.

Stadtrat Dr. Beck/SPD äußert, dass 2.400 Wohnungen im Bestand mit bezahlbarem Wohnraum seien. Er weist auf den Gemeinderatsbeschluss hin. Er erkundigt sich, ob sich der Wohnungsmarkt in den letzten 1,5 Jahren beruhigt habe und es einen Rückgang der Nachfrage gebe.

Herr Piazza antwortet, dass die VGW ca. 60 neue Wohnungen für 6,30 Euro geschaffen habe.

Stadtrat Dionyssiotis/DIE LINKE erkundigt sich, ob der Neubau der Kita auf dem Hardt synchron zur Wohnbebauung erfolge.

Herr Piazza antwortet, dass es zur gleichen Zeit nicht gehen werde. Den Kindergarten bekomme man hin, aber erst danach, dies gehe leider nicht.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wann der Sonnenhügel bezogen werden könne.

Herr Piazza antwortet, dass ein Teil im Frühjahr fertig werde. Es sei gerade schwierig mit den Handwerkern. Der Plan sei, dass man im Herbst 2023 alles fertig habe.

Stadtrat Bläse/CDU ist verwundert, er habe gedacht, dass die Kita Kunterbunt schneller komme. Der Kindergarten müsse mit Hochdruck bearbeitet werden.

Herr Piazza äußert, dass es mit der Strategie nichts zu tun habe. Erst wenn es übergeben werde, wirke es sich positiv auf die Bilanz aus. Es sei eine Strategie dahinter gewesen, man habe die Notarverkäufe relativ spät gemacht, da die Handwerker dazwischen mit einer Preiserhöhung kommen würden.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die Kita Kunterbunt schneller gehen müsse, er werde daher dafür sorgen, dass es schneller gehe und die inhaltlichen Planungen final abgeschlossen werden können.

Stadtrat Schwab/SPD bedankt sich für den Vortrag. Die VGW solle sich auch an den Gemeinderatsbeschluss halten, bis 2035 klimaneutral zu sein.

Herr Piazza führt aus, dass es eine Herausforderung sei. Bestandsgebäude könne man nicht klimaneutral sanieren. Man müsse zunächst alle Daten einpflegen, dann könne er mehr sagen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es wichtig sei, es in einen Gesamtzusammenhang zu bringen, dies wolle man im Dezember oder Januar machen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig und bei Ziffer Nr. 4 unter Einhaltung der Befangenheitsvorschriften fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt und beauftragt in der Gesellschafterversammlung der VGW mbH folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft GDW geprüfte Jahresabschluss zum 31.12.2021, für den der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt

wurde, wird festgestellt.

2. Der Jahresüberschuss von 2.475.274,54 € wird folgendermaßen verwendet:

- Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage gem. § 17 Gesellschaftervertrag (max. 50% des gezeichneten Kapitals (bereits erreicht))	0,00 €
- Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage	1.500.000,00 €
- Einstellung in die sonstige Gewinnrücklage	975.274,54 €

3. Der Entlastung der Geschäftsführung wird zugestimmt.

4. Der Entlastung des Aufsichtsrats wird zugestimmt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

**zu 4 Änderung der Satzung über die Erhebung von Parkgebühren in Schwäbisch Gmünd
Vorlage: 133/2022**

Protokoll:

Abgesetzt.

**zu 5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G
"Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten
Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung)
- Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
Vorlage: 168/2022**

Protokoll:

Siehe TOP 5.1

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (1 Gegenstimme, 11 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger

Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Stellungnahmen im Abwägungsprotokoll (Anlage 4 dieser Vorlage) beschlossen.

2. Siehe TOP 5.1
3. Die Begründung wird in der Fassung der Anlage 3 festgestellt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 5.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften Nr. 132 G "Wohnen im Salvatorpark", Gemarkung Schwäbisch Gmünd im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) - Entwurfsbeschluss im beschleunigten Verfahren
Vorlage: 168/2022/1**

Protokoll:

Herr Hackner erläutert, dass der Park eine Kulturanlage sei. Alle Maßnahmen würden daher eine denkmalrechtliche Genehmigung erfordern. Dies gelte auch für die Solaranlagen auf dem Dach, dies bespreche man derzeit mit dem Denkmalamt. Dies werde man im Durchführungsvertrag regeln. Man wolle diesen Vertrag im Dezember im Ausschuss vorberaten, sodass man ihn vor dem Satzungsbeschluss beschließen.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es sich heute um den Entwurfsbeschluss handle. Danach folge der Durchführungsvertrag, anschließend erfolge der Satzungsbeschluss. Parallel dazu werde der Investor den Bauantrag stellen, sodass der Investor im Frühjahr mit dem Bau beginnen könne.

Stadtrat Bläse/CDU bedankt sich für die Ergänzungen. Er habe auf 10 Punkte im Bau- und Umweltausschuss/Betriebsausschuss für Stadtentwässerung für den Durchführungsvertrag hingewiesen. Ein Punkt sei noch offen, das Bauverbot auf der restlichen Parkfläche. Dies müsse berücksichtigt werden, ansonsten werde man dem Antrag zustimmen und hoffe, dass es schnell umgesetzt werde. Die Fraktion habe mit dem Investor bzgl. des Klimagutachtens und der Kaltluftströme Kontakt zum Investor aufgenommen, dies werde nachgeliefert.

Stadträtin Bijok/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass PV-Dächer sehr wichtig seien, man brauche eine gewisse Sicherheit. Sollte es nicht möglich sein, dann fordere man eine PV-Fassade. Die energetische Ausführung sei kritisch, ein KfW55-Standard sei nicht machbar, ab Januar 2023 habe man KfW40. Der Standard müsse daher verpflichtend KfW40 sein. Die Frischluftströme möchte man genauer erklärt bekommen, da die Verbindungsbauten zwischen den Gebäuden zu hoch seien. Die Fraktion werde daher heute nicht zustimmen, stelle die Zustimmung für die Zukunft aber in Aussicht.

Stadtrat Zengerle/SPD signalisiert Zustimmung. Das Teehaus sei für viele ein Highlight gewesen, man könne aber auch so mitgehen. Von der Innenstadt werde es nicht sichtbar sein. Er hoffe, dass eine Geothermie-Bohrung nicht im Tunnel ende. Die Fraktion stimme zu.

Stadtrat Dr. Benk/DIE LINKE betont, dass die Fraktion kritisch gegenüber der Bebauung gewesen sei. Die Befürchtung sei, dass die Menschen sich in ein paar Jahren fragen, wie man diese Entscheidung treffen haben könne. Man teile die Bedenken des Denkmalschutzes. Man sehe positive Aspekte, die Villa werde renoviert. Herr Feig habe im Nachgang zur Sitzung des Bau- und Umweltausschusses/Betriebsausschusses für Stadtentwässerung eine E-Mail gesendet, diese habe ihn sehr irritiert. KfW40 sei Pflicht, auch müsse an der Stelle bezahlbarer Wohnraum entstehen. Die Fraktion werde sich daher enthalten.

Oberbürgermeister Arnold betont, dass es Konsens gewesen sei, dass man Baurecht schaffe, sodass man die Villa erhalten könne. An diese Beschlusslage solle man sich erinnern.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen äußert, dass man das Teehaus für charmant gehalten habe. Die PV-Anlagen seien wichtig. Sie hoffe auf einen Kompromiss mit dem Denkmalschutz. Der Durchführungsvertrag werde dies dann aber ja regeln. Die Pflege des Parks wolle die Stadt nicht übernehmen, dies müsse dort ebenfalls festgeschrieben werden. Dies müsse auch bei der Begründung in Anlage 3 geändert werden. Die Parkanlage sei ein Charme, sie verstehe, warum dies nicht durch die Stadt geleistet werden könne. Man werde zustimmen, den Durchführungsvertrag bekomme man im Dezember nochmals vorgelegt.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass man sich seit geraumer Zeit mit dem Salvator auseinandersetze. Man habe das Planungsverfahren dadurch verzögert. Über die Details könne man sich später unterhalten. Man müsse dem Investor nun ein Signal geben, dass das Bauvorhaben umgesetzt werden könne. Die Fraktion stimme daher zu.

Stadtrat Dr. Vatheuer/FDP/FW äußert, dass man kurzfristig in die Umsetzung kommen solle. Er warne davor, immer weitere Anforderungen zu stellen und Hürden aufzubauen. Man müsse darauf achten, dass man den Bogen nicht überspanne, ansonsten stehe man am Ende mit nichts da. Eine Bebauung sei dringend notwendig.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich (1 Gegenstimme, 11 Enthaltungen) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Für die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird der Bebauungsplan mit dem Vorhaben- und Erschließungsplan entsprechend der Planungsänderung der Anlage der Ergänzungsdrucksache geändert und angepasst.

Außerdem werden die in der Beratung vorgebrachten Anregungen der Fraktionen im laufenden Bebauungsplanverfahren und dem noch zu erstellenden Durchführungsvertrag berücksichtigt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Altstadtquartiere"
hier: Beschluss zur Erweiterung des Sanierungsgebiets
Vorlage: 179/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd beschließt die **Erweiterung des Sanierungsgebiets „Altstadtquartiere“** um die in den Anlagen 2 und 3 dargestellten Bereiche.
2. Der Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Gmünd beschließt die untenstehende **Satzung zur Erweiterung des Sanierungsgebiets.**
3. Die Frist zur Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme „Altstadtquartiere“ wird bis zum **31.12.2024** verlängert.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 60
nachrichtlich an Amt:

**zu 7 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 189/2022**

Protokoll:

Ohne Aussprache.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt den in der Anlage zur Sitzungsvorlage genannten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen zu.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 20
nachrichtlich an Amt:

zu 8 Bekanntgaben

zu 8.1 Lindenturm

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man die Überlegungen zum Lindenturm in einer der nächsten Sitzungen präsentiert werden werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 65
nachrichtlich an Amt:

zu 8.2 Zukunft der Kliniken Ostalb

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold führt aus, dass man ständig danach gefragt werde, wann die Entscheidung für die Kliniken getroffen werde und ob es bereits Vorfestlegungen gebe. Er sei beunruhigt mit Blick auf den Standort Mutlangen. Es seien Kräfte am Werk, die im Machtinteresse von so mancher Gruppierung handeln. Er gehe nach wie vor vom Kreistagsbeschluss im Sommer dieses Jahres aus. Dort seien nicht nur wichtige Leitplanken, sondern das weitere Vorgehen festgelegt worden. Der Klinikvorstand sei beauftragt, für die Umsetzung der neuen Struktur bis 2032 einen Zeit- und Meilensteinplan zu erarbeiten. Außerdem sollen die Standortkommunen mit ein-

gebunden und die Öffentlichkeit frühzeitig beteiligt werden. Er gehe davon aus, dass es weiterhin gelte. Transparenz und Einbindung der Beteiligten sei sehr wichtig, damit es gesellschaftlich getragen und Erfolg haben könne. Ein überhasteter Schnellschuss sei unverantwortlich, wenn sich auch auf Landesebene etwas auftue. Nach wie vor sehe er gemeinsam mit anderen in der Raumschaft den kompletten Neubau eines Zentralklinikums als nicht in die Zeit passend, vor allem aufgrund der in der Diskussion stehenden 800 Mio. Euro Kosten, des dramatischen Ressourcenverbrauchs an Fläche sowie an grauer Energie sowie der bestehenden Ausbaufähigkeit für einen Bruchteil der Kosten. Gemeinsam mit dem Gemeinderat Mutlangen habe man beschlossen, für den Erhalt und Ausbau von Mutlangen zu sein, daher appelliere er an die Kreisräte, sich an diesen Beschluss zu halten. Man werde sich konstruktiv und zielführend daran beteiligen. Man habe eine gut funktionierende Klinik mit sehr gutem Personal und Leuchttürmen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen findet, dass es keine vorgefertigten Lösungen geben dürfe, auch der Zeitdruck sei unangebracht. Ein Grund für diesen könne sein, dass es ein unangenehmes Thema sei, das auch Spannungspotential beinhalte. 2024 seien Kommunalwahlen, dies könne ebenfalls mit reinspielen. Die Kosten seien sehr hoch, die Vorfestlegungen seien daher sehr schwierig. Auch die Bevölkerungsstruktur müsse man berücksichtigen.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE bedankt sich für das wichtige Statement. Die Transparenz sei sehr wichtig. Die Kreisräte müssten schauen, wie man die Interessen vor Ort einbringen könne.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass der Ostalbkreis der drittgrößte Landkreis in Baden-Württemberg sei. Die Dezentralität habe man hervorgehoben. Man brauche im Ostalbkreis neue medizinische Strukturen. Man brauche einen Dialog. Man dürfe jetzt nicht die bestehenden Kliniken so schlecht reden, dass man kaum mehr Personal finde. Man müsse eine Lösung finden, diese müsse nicht im Dezember getroffen werden.

Stadträtin Heusel/SPD führt aus, dass Oberbürgermeister Arnold die wichtigsten Punkte angesprochen habe. Das Ziel müsse sein, eine hohe medizinische Versorgung zu behalten. Man müsse alles dafür tun, dass die Fachbereiche in Zukunft erhalten bleiben könnten. Dazu müssten auch die beschlossenen Schwerpunkte umgesetzt werden. Es sei den wenigsten bewusst, was es heiße. Wenn eine Abteilung nicht genügend Fälle nachweisen könne, dann würden auch die Siegel wegfallen. Daher müsse man alles dafür tun, dass es in Zukunft auch so bleibe. Die Problematik, die hochwertige Medizin im Ostalbkreis zu erhalten, benötige eine intensive Vorarbeit und die notwendigen Maßnahmen bezüglich der Aufgliederung der Fachabteilungen. Das Thema der Fallpauschalen sei auch in Berlin angekommen, auch die kleineren Häuser hätten ihre Berechtigung. Man brauche künftig mehr ambulante Versorgungsstrukturen. Man dürfe daher nicht vorschnell eine Lösung bevorzugen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste führt aus, dass Oberbürgermeister Arnold alle Argumente zum Ausdruck gebracht habe, ebenso die vorher ausführenden Stadträte. Es mache ihn fassungslos, dass eine Änderung/Entscheidung über die künftige Klinikstruktur im Ostalbkreis getroffen werde, die nicht die Entscheidung über die künftige Krankenhausfinanzierung abwarte. Dass Anfragen nicht beantwortet werden, sei

ebenfalls unverständlich. Das Schweigen der Landtagsabgeordneten sei ebenfalls irritierend. Er befürchte, wenn man die Kosten abschätzen könne, sei es ein finanzielles Debakel. Man zimmere sich ein Stuttgart 21 zusammen und werde von den Kosten dann völlig überrascht werden. Das Stauferklinikum habe sich trotz starker Konkurrenz sehr gut behauptet. Eine schnelle Entscheidung zu treffen werde nicht gerecht und führe zu einer Verschlechterung des westlichen Ostalbkreises. Es sei daher erforderlich, die künftige Krankenhausfinanzierung abzuwarten und dann erneut abzuwägen.

Oberbürgermeister Arnold appelliert nochmals, dass man eingebunden werden wolle.

zu 9 **Anfragen**

zu 9.1 **Beratung Denkmalschutz**

Protokoll:

Stadträtin Dr. Stahl/CDU äußert, dass Baustellen immer wieder eingestellt werden müssen, weil den Eigentümern beim Kauf vorenthalten werde, dass es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handle. Sie erkundigt sich, wie man die Käufer hier schützen könne.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass es unter den Maklern wenige, aber doch einige schwarze Schafe gebe.

Herr Hackner äußert, dass man Beratungen anbiete.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 60

zu 9.2 Grüner Pfeil**Protokoll:**

Stadtrat Hamler/Die Bürgerliste erkundigt sich, ob das Entfernen des Grünen Pfeils an der Ampel-Anlage in der Graf-von-Soden-Straße beabsichtigt sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man es prüfen werde.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 30
nachrichtlich an Amt:

zu 9.3 Notfallplan**Protokoll:**

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen weist auf dem Presseartikel „Ostalb – Kein Plan beim Stromausfall hin“, aus dem hervorgehe, dass der Ostalbkreis schlecht vorbereitet sei. Der Ostalbkreis habe keinen Notfallplan und keinen Notwasserbrunnen. Der Landkreis habe geantwortet, dass man einen allgemeinen Katastrophennotfallplan habe. Sie erkundigt sich, ob man als Stadt vorbereitet sei.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man Anfang des Jahres begonnen habe, dies auszuarbeiten, soweit man zuständig sein. Im Katastrophenfall gehe die Zuständigkeit auf den Landkreis über.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Oberbürgermeister Arnold die Sitzung.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 30

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat: